

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Verlag: Dresdner Nachrichten  
Herausgeber: Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Bezugspreis vom 1. Mai 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung incl. Post 1,70 Mk.  
Wochensatz 10 Mk. Monatsatz 30 Mk. Vierteljahrsatz 1,10 Mk. Halbjahrsatz 2,10 Mk. Jahresatz 3,80 Mk.

Druck u. Verlag: W. G. Neumann, Neudamm-Str. 100, Dresden  
Vertrieb: in Dresden: W. G. Neumann, Neudamm-Str. 100  
in Leipzig: W. G. Neumann, Neudamm-Str. 100  
in Berlin: W. G. Neumann, Neudamm-Str. 100

## Mißglückter Staatsstreich in Madrid Zwei Generale verhaftet - Bildung einer liberalen Regierung?

Madrid, 8. Mai. In den frühen Morgenstunden wird bekannt, daß die Generale Martinez Anido in Madrid und Barrera in Barcelona für die Nacht zum Donnerstag den Sturz der Regierung Berenguer mit Hilfe eines Teiles des Militärs in beiden Städten, vor allem der Infanterieregimenter, geplant hatten. Die Unternehmung kam nicht zur Ausführung, da der größere Teil der Garnisonen sich weigerte, mitzumachen. Als die Regierung über die Gefahr, in der sie sich befand, unterrichtet wurde, ließ sie sofort die beiden Generale in ihren Wohnungen verhaften, wo sie zunächst unter Bewachung verblieben. Einzelheiten über die Vorbereitungen zu diesem neuen Staatsstreich sind noch nicht bekannt, jedoch steht fest, daß die Studentenunruhen der letzten Tage, bei denen auch ein Infanterieoffizier lebensgefährlich verletzt wurde, den unmittelbaren Anlaß gegeben haben.

Sobald die Republikaner von der Sache erfuhren, kamen in der Wohnung des ehemaligen Ministers Villanueva die Universitätsprofessoren Maranon und Sanchez

Roman, die ehemaligen Minister Sanchez Guerra und Melquiades Alvarez, die Generale Riquelme und Auñerria sowie die Republikanischerführer Ferrer und Domingo zu einer Besprechung der Lage zusammen. Sie beschloßen, im Falle der Verwirklichung des Staatsstreiches, mit allen Mitteln

### Widerstand bis zum äußersten

zu leisten, was also einen sicheren Straßenkampf bedeutete hätte. Im Zusammenhang damit erhielt unser Vertreter von befreundeter Seite, daß der König beabsichtigt, baldigst eine liberale Regierung unter dem Vorherrschaft des ehemaligen Ministers Santiago Alba zu bilden, der während der Diktatur in Paris verbannt war.

### In Madrid herrscht völlig Ruhe

Aus Salamanca wird berichtet, daß die dortige Studentenschaft dem aus Madrid zurückgekehrten Unamuno einen begeisterten Empfang bereitet, wobei Gebetsfesten für Primo de Rivera und den früheren Unterrichtsminister veranstaltet wurden.

Die „Agentur Fabra“ versucht, die Nachrichten von dem Ausstand als unbegründet hinzustellen.

## Panzerkreuzerdebatte im Haushaltsausschuß Gröner und Westarp über die staatspolitische Notwendigkeit des Kreuzerbaues

Berlin, 8. Mai. Der Haushaltsausschuß des Reichstages ging am Donnerstag zu der Beratung des Marine-Etats über.

Abg. Stöckel (Soz.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß dieser Etat sich, wie auch der Etat der Reichswehr, in einer sehr schwierigen Lage befindet. Die Untersuchungen des Sparkommissionärs seien noch nicht beendet. Auffallen müsse die große Zahl der Abteilungsleiter, die als solche eine besondere Zulage erhalten. Auch im allgemeinen gäbe es ein Uebermaß an hohen Stellen. Aus der Liste der Kriegsschiffe seien gefahren ein Linienschiff, zehn Kreuzer und drei Torpedoboote. Die Kriegsmarine habe 608 Seemannsoffiziere, 102 Ingenieursoffiziere, 98 Sanitätsoffiziere, 514 Oberfeldwebel, 3028 Unteroffiziere, 9383 Obergefreite und Mannschaften. Eine schwierige Frage sei die der Reichswehr, die sich wegen des Mangels an Arbeit nicht rentabel gestalten können. Außerdem gehe es bei diesen Werken eine so ungeheure Zahl von Beamten, wie es bei einer privaten Werft ein Ding der Unmöglichkeit sei. Mit Benutzung könne er feststellen, daß im Vergleich zur Reichswehr bei der Marine eine größere Anzahl von Offizieren aus dem Mannschafstand hervorgegangen sei. Der Anhang zur Marine sei überaus groß. Im letzten Jahr seien 25 000 Wehrmänner in Einstellung eingelaufen, von denen nur 6 Prozent berücksichtigt werden konnten. Die Mißhandlungen Untergebener haben sich außerordentlich vermindert.

### In der Frage des Panzerschiffes B

müsse er als Berichterstatter mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage des Reiches die Streichung der einzusetzenden ersten Rate beantragen. Fremden erzeuge die Art, wie der Antrag auf Einsetzung dieser Rate zustande gekommen sei. Die Vertreter der Reichsregierung seien verpflichtet gewesen, den Etat zu verteidigen, der vom Kabinett verabschiedet worden war. Aber die Herren der Marine hätten erklärt: „Bitte, wenn Sie uns vergewaltigen wollen, wir stehen zur Verfügung.“ (Gelächter.)

### Reichswehrminister Gröner erklärt:

„Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler möchte ich zur Frage des Panzerschiffes B folgende Erklärung abgeben:

Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich durchaus kein kritischer Flottenkämpfer bin, sie wissen aber auch, daß ich den Erlaß unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Etats im vorigen Reichskabinett vertreten und auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister, in einer besonderen Entschlußnahme festgestellt wurde, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbau-Erlaßplan, der auch den Erlaß der Linienschiffe enthalten sollte, vorgelegt würde. Bei dieser Einsetzung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem Antrage Ostenshagens im Reichsrat, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorklägt, ohne die Endsumme des Marine-Etats zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand.“

Die Reichsregierung wollte allerdings in dieser Frage, wie in der entscheidenden Reichsratsung Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer namens der Reichsregierung ausdrücklich erklärte, keine Initiative ergreifen oder eine Beeinflussung ausüben. Sie hatte aber auch keinen Anlaß, nachdem der Reichsratsbeschluß für Einsetzung einer Raurate vorlag, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, da ja eine Mehrausgabe durch den Beschluß des Reichsrates nicht eintrat und weil

die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem vorigen Reichskabinett grundsätzlich der Meinung ist, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Erneue-

rung unserer Flotte gehorgt werden muß. Nur um den Zeitpunkt des Vorbeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierüber bittet die Reichsregierung dieses hohe Haus selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag an seiner früher gefassten Entschlußnahme auf Vorlage eines langfristigen Planes für Ersatzbauten festhält. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrecht erhalten. Im übrigen darf ich mir vorbehalten, auf die vom Herrn Berichterstatter sonst angeschnittenen Fragen später einzugehen.“

Abg. Erung (Z.) hält als Mitberichterstatter die Zahl der Beamten und Angestellten für viel zu hoch und fragte, was mit den Kriegsschiffen, die von der Liste gestrichen worden seien, geschehe, und ob hier keine Rücknahmen zu verzeichnen seien. Der Fragesteller der Katholiken bei der Marine habe sich im Vergleich zum Vorjahr etwas gehoben. Trotzdem müsse er bitten, daß die Marineleitung dafür Sorge trage, daß bei der Auswahl der Bewerber die evangelischen und die katholischen Bewerber prozentual gleich stark berücksichtigt würden. Bei den Einsparungen für die erste Rate des Panzerschiffes B handele es sich um eine Verschiebung im Bauplan.

Abg. Ruhnert (Soz.) sprach sich scharf gegen die Rate des Panzerschiffes B aus.

Abg. François (Wirtsch.) erklärte, daß zwar auch bei der Marine Spararbeit das oberste Prinzip sei, daß man sich aber selbst den schlechtesten Dienst erweise, wenn man die knappen Möglichkeiten, die der Verfallener Vertrag biete, nicht ausschöpfen wolle. Die Schiffe der deutschen Kriegsmarine seien überaltert und erforderten Reparaturkosten, die in die Millionen gingen. Daher sei es schon aus kaufmännischen Gründen ratsam, die älteren Schiffe durch neue zu ersetzen.

Die Frage des Panzerschiffes B dürfe nicht zum Spielball innerparteilicher Parteikämpfe werden.

Alle Parteien hätten Angehörige bei der Marine, denen man nicht zuzumuten könne, sich auf „schwimmenden Särgen“ einer Gefährdung von Leben und Gesundheit auszulassen. Auch die Beschäftigung der Werften durch den Bau neuer Schiffe werde zur Belebung der Wirtschaft beitragen. Zum allgemeinen Etat übergehend, bedauerte der Redner, daß die deutsche Flotte, die sich zur Zeit im Mittelmeer befinde, nicht auch die Häfen der Türkei angefahren habe, mit der uns doch der Weltkrieg in alter Freundschaft verbinde.

Abg. Brüninghaus (D.D.P.) trat der sozialdemokratischen Auffassung über das Zustandekommen des Antrags auf Einsetzung der Rate für das Panzerschiff B entgegen. In der Regierungserklärung des Reichskanzlers sei ganz zweifellos zum Ausdruck gekommen, daß das frühere Kabinett mit Einverständnis der vier sozialdemokratischen Minister entschlossen gewesen sei, die Serie der Panzerschiffe, die uns nach dem Verfallener Vertrag angefallen sei, unter allen Umständen auch zu bauen. Lediglich über den Zeitpunkt haben Meinungsverschiedenheiten geherrscht. Der springende Punkt sei, wo die Kosten für die erste Rate gespart werden, und hier greife man nicht zu laufenden Mitteln, sondern nehme von den für den Bau des Kreuzers „Seipia“ genehmigten Mitteln 2,9 Millionen Mark, um eine gewisse Zeitfrist in der Werftbeschäftigung herbeizuführen. Aus diesem Grunde sei es dringend erwünscht, daß dem Reichstag von der Marineleitung ein Plan vorgelegt werde, wie man sich in den nächsten Jahren den Weitergang der Bauten denke.

Abg. Brüninghaus beantragte, bis zum Vorliegen dieses Planes die Abstimmung über die erste Rate für das Panzerschiff B auszuschieben.

Die Vorstellung, daß der Etat der Marine jedes Jahr sehr anschwellen, sei nur eine agitatorische Sache. Tatsächlich sei er gegenüber 1928 um 16 Prozent gefallen. Wünschenswert sei es, wenn junge Leute aus dem besetzten Gebiete bei der

Einstellung in Marine und Meer bevorzugt würden, um auch auf diese Weise den Zusammenhalt mit dem Reich zu stärken und die Wehrhaftigkeit zu heben. Auf Auslandsreisen der Marine müsse größter Wert gelegt werden. Der Vorteil beratener Reisen lasse sich nicht in Zahlen ausdrücken. Sie seien aber im politischen Sinne, von denen Bismarck sagte, daß sie in den Beziehungen der Völker eine viel höhere Rolle spielten, als man gemeinhin annehme.

Nach einer Rede des Abg. Stoedter beauftragte Graf Westarp dringend die Bewilligung der Panzerkreuzerrate.

Europa harret in Waffen. Die Abrüstung ist leere Phrase. Wenn eine Sicherheit bedroht ist, so die von Deutschland im Osten und Westen. Trotzdem bleibt unsere Flotte weit hinter der Grenze des Verfallener Vertrags zurück. Es fehlen nominell zwei Linienschiffe, ein Kreuzer, zwei Torpedoboote. In Wahrheit ist der Ausfall weit größer.

Das letzte Linienschiff hat fast des geschätzten Alters von 20 Jahren ein solches von 28 Jahren. Wer kann die Verantwortung dafür übernehmen, solchen überalterten Schiffen unsere Mannschaf anzuvertrauen?

Die Erklärung des Reichministers hält zwar an dem Bau fest, will sich aber mit der Verschiebung um ein weiteres Baujahr abfinden. Das können wir nicht billigen. Die Bauzeit dauert vier Jahre. Wie kann sich während dieser Zeit unsere gefährdete Lage weiter verschlechtern! Ganz besonderen Wert aber legen wir auf den Schutz der Ostküste.

Bei der Haltung Polens darf man sich auch nicht vor der Möglichkeit verschließen, daß eines Tages nur noch der Seeweg nach Ostpreußen offenbleibt und geschützt werden muß.

Wir bitten dringend, kein einseitiges Mittel unangewandt zu lassen, durch das bei den Dürren in ihrer verzweifeltsten Lage das Vertrauen auf den festen Willen der Nation, es zu schütten, geschwächt wird.

Abg. Bernhardt (Dem.) erklärte, daß sich die Darstellung des Abg. Ruhnert (Soz.) sehr weit von der Wirklichkeit entferne habe. Zwar hätten die sozialdemokratischen Minister seinerzeit gegen das Panzerschiff gestimmt; aber diese Ablehnung sei doch sehr auf Stottern erfolgt. Die Frage der ersten Rate für das Panzerschiff sei für die Demokraten keine politische, sondern eine sachliche Frage.

Die Demokraten haben mehrfach ausgesprochen, daß sie die Rate in diesem Etat ablehnen. Der Antrag des Abg. Brüninghaus (D. Vp.), die Abstimmung zu vertagen, führt nicht zum Ziel. Die Demokraten haben schon vor einem Jahre die Vorlage eines langfristigen Flottenbauprogramms verlangt. Leider hat das Reichswehrministerium bis jetzt diesem Wunsch nicht entsprochen. Mit diesem Wunsch sollte beachtet werden, die Möglichkeit zu schaffen, daß man in eingehenden Beratungen mit der Marineleitung prüfe, welche für die Verteidigung des Vaterlands nützlichen Rüstungsfragen im Rahmen des Verfallener Vertrags noch ausgeschöpft werden könnten. Im übrigen äußerte sich der demokratische Abgeordnete sehr skeptisch über den Wert der Panzerschiffe.

## Besprechungen beim Reichskanzler

### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Mai. In der Reichskanzlei findet heute nachmittag eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern der hinter der Regierung stehenden Parteien statt. Außer Dr. Brüning nehmen an dieser Besprechung der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsparlamentarier teil. Für das Zentrum werden die Herren Verhulst und Esser, für die Volkspartei Dr. Scholz, für die Demokraten Staatssekretär a. D. Meyer und die Wirtschaftspartei Drenth, für die Christlichnationalen von Vindener-Wildau daran teilnehmen. Das Thema der Beratungen ist der Haushaltsplan 1930. Doch geht man wohl in der Auffassung nicht fehl, daß auch die Frage des Panzerschiffes B und das Ostpreußenprogramm in den Besprechungen mit berührt werden wird.

## Ein Erfolg Schieles

### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Mai. Das Ergebnis der gestrigen Kabinettsbesprechung wurde von uns bereits dahingehend charakterisiert, daß eine Einigung zustande gekommen ist. Diese Einigung ist offenbar unter dem starken Druck erfolgt, der nicht nur von den östlichen Provinzen seinen Ausgang nahm, sondern den vor allen Dingen auch

### Die Reichsminister Schiele und Treviranus

unter Hinweis auf die unsicheren Mehrheitsverhältnisse im Falle einer Zertrümmerung des Ostpreußenprogramms ausgeübt haben. Man kann unter diesen Umständen wohl sagen, daß der Reichsernährungsminister Schiele einen gewissen Erfolg erzielt hat, auch wenn die Federführung der ganzen Angelegenheit in die Hände des der Zentrumspartei angehörenden Reichsinnenministers Wirth gelegt worden ist. Es scheint sich dabei zunächst wohl nur um eine Prestigefrage zu handeln, um den Zentrumsmittgliedern der Reichsregierung den Rückzug zu erleichtern. Denn bekanntlich opponierten gerade diese Mitglieder der Reichsregierung am schärfsten gegen das umfassende Schiele'sche Ostpreußenprogramm und versuchten, ein „kleines Ostpreußenprogramm“ zur Annahme zu bringen, das praktisch für den Osten keine Bedeutung gehabt haben würde.

### Jetzt aber steht ein Fünfjahresplan fest

für den nach einer Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ im ganzen 600 Millionen Mark Reichsgelder ausgemessen werden sollen. Ferner bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die verantwortliche Durchführung der gesamten landwirtschaftlichen Fragen, die ja die Hauptmasse der ganzen Ostfragen ausmachen, praktisch genau so in den Händen des Reichsernährungsministers liegen wird, als ob dieses selber federführend wäre. Ostpreußen und Agrarprogramm hängen auf das engste zusammen.